

1. Bezeichnung der Verarbeitungstätigkeit

Erstattungsanspruch gemäß § 68 Aufenthaltsgesetz (AufenthG)

2. Name und Kontaktdaten des Verantwortlichen

Landratsamt Fürth
Landrat Matthias Dießl
Im Pinderpark 2
90513 Zirndorf
Telefon: 0911/9773- 0
E-Mail: info@lra-fue.bayern

3. Kontaktdaten des Datenschutzbeauftragten

Behördlicher Datenschutzbeauftragter des Landratsamtes Fürth
Im Pinderpark 2
90513 Zirndorf
Tel.: 0911/9773-1024
Fax: 0911/9773-1025
E-Mail: datenschutz@lra-fue.bayern.de

4. Zweck und Rechtsgrundlagen der Datenverarbeitung

4a) Zweck der Verarbeitung

Die personenbezogenen Daten werden zum Zweck der Erstattung, der für den Ausländer aufgewendeten öffentlichen Mittel sowie der Versagung weiterer Leistungen nach dem AsylbLG verwendet.

4b) Rechtsgrundlagen der Verarbeitung

Rechtsgrundlage der Verarbeitungstätigkeit ist Artikel 6 Abs. 1 Buchstabe c und e DSGVO, Art. 4 BayDSG und § 68 Abs. 4 AufenthG.

5. Betroffene Personen und Empfänger

5a) Betroffene Personen (Kategorien)

Die personenbezogenen Daten zur Verpflichtungserklärung werden von den zuständigen Ausländerbehörden übermittelt.

5b) Empfänger der Daten

Empfänger der Daten ist die öffentliche Stelle, die die öffentlichen Mittel aufgewendet hat, hier das Landratsamt Fürth (Sachgebiet Sozialwesen) als örtlicher Leistungsträger für Leistungen nach dem AsylbLG und die Kreiskasse zur Vereinnahmung der geleist

6. Übermittlung von Daten

6a) Die Daten werden an folgende Stellen zur Weiterverarbeitung weitergeleitet:

Die personenbezogenen Daten werden nur mit Einwilligung im Falle eines Widerspruches bzw. einer Klage an Dritte (Rechtsanwalt, Verwaltungsgericht) übermittelt.

6b) Übermittlung von personenbezogenen Daten an ein Drittland (Wenn ja Land und Rechtsgrundlagen)

Eine Übermittlung von personenbezogenen Daten in ein Drittland ist nicht vorgesehen.

7. Dauer der Speicherung der personenbezogenen Daten (Bitte Rechtsgrundlagen angeben)

Personenbezogene Daten werden von der Wohngeldbehörde gelöscht, wenn sie für die Durchführung des Wohngeldgesetzes nicht mehr benötigt werden und rechtliche Aufbewahrungsfristen (10 Jahre) abgelaufen sind. (24.01 WoGVwV, Einheitsaktenplan 685)

8. Betroffenenrechte

Nach der Datenschutz-Grundverordnung stehen Ihnen folgende Rechte zu:

Werden Ihre personenbezogenen Daten verarbeitet, so haben Sie das Recht Auskunft über die zu Ihrer Person gespeicherten Daten zu erhalten (Art. 15 DSGVO). Sollten unrichtige personenbezogene Daten verarbeitet werden, steht Ihnen ein Recht auf Berichtigung zu (Art. 16 DSGVO). Liegen die gesetzlichen Voraussetzungen vor, so können Sie die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung verlangen sowie Widerspruch gegen die Verarbeitung einlegen (Art. 17, 18 und 21 DSGVO). Wenn Sie in die Datenverarbeitung eingewilligt haben oder ein Vertrag zur Datenverarbeitung besteht und die Datenverarbeitung mithilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird, steht Ihnen gegebenenfalls ein Recht auf Datenübertragbarkeit zu (Art. 20 DSGVO). Sollten Sie von Ihren oben genannten Rechten Gebrauch machen, prüft die öffentliche Stelle, ob die gesetzlichen Voraussetzungen hierfür erfüllt sind. Weiterhin besteht ein Beschwerderecht beim Bayerischen Landesbeauftragten für den Datenschutz.

9. Widerrufsrecht bei Einwilligung

Wenn Sie in die Verarbeitung Ihrer Daten durch eine entsprechende Erklärung eingewilligt haben, können Sie die Einwilligung jederzeit für die Zukunft widerrufen. Die Rechtmäßigkeit der aufgrund der Einwilligung bis zum Widerruf erfolgten Datenverarbeitung wird durch diesen nicht berührt.

10. Pflicht zur Bereitstellung der Daten durch den Betroffenen

Nach den §§ 60 bis 62 i. V. mit § 65 SGB I (§ 23 WoGG) ist der Antragsteller verpflichtet, an der Aufklärung des Sachverhaltes mitzuwirken; er hat insbesondere die ihm bekannten Tatsachen und Beweismittel vorzulegen. Werden die zur Bearbeitung erforderlich

11. Löschfristen

Die Daten werden nach Beendigung des Erstattungsverfahrens gelöscht.